

Euro und EU am Abgrund, Teil 6

Das Nettoverschuldungs – Paradoxon, ein weiterer eklatanter und unerkannter Systemfehler der Euro-Währung

Von **Hermann Patzak**

Die Euro-Promotoren aus Politik und Wirtschaft – Theo Waigel als deutscher Finanzminister war einer der wichtigsten von ihnen – haben mit dem Euro ein neues multinationales Geldsystem geschaffen, auf das sie heute noch stolz sind. Wir haben bisher einige Schwächen und gravierende Fehler des Eurosystems kennengelernt. Der wichtigste ist das per EU-Dekret erlassene Verbot einer souveränen und effizienten Beschäftigungspolitik durch eine Veränderung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen. Dieses Dekret verbirgt sich hinter dem allseits gepriesenen Stabilitätspakt.

Die Schöpfer des Euro wollen bis heute noch nicht wahr haben, welche konzeptionellen Fehler das Euro-System birgt. Wir können uns mit dieser Behauptung auf Theo Waigel berufen, der in seinem in der FAZ veröffentlichten Loblied auf den Euro auf die eigentlichen Euro-Probleme mit keinem Wort eingeht. Entweder kennt er sie nicht, oder er belügt uns, in dem er sie verschweigt. Mit Sicherheit ist ihm auch der nächste große Systemfehler, wir nennen ihn das Nettoverschuldungs – Paradoxon, unbekannt. Unter Paradoxon versteht man einen unerwarteten, scheinbar unerklärbaren Widerspruch. Das EU-Dekret, die Nettostaatsverschuldung nicht über drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen zu lassen, löst ein derartiges Paradoxon aus.

Das Verbot einer expansiven Beschäftigungspolitik, allgemein und damit irreführend als Stabilitätspakt bezeichnet, verbietet jegliche Nettostaatsverschuldung, wenn diese die Obergrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes überschreiten würde. Das Verbot gilt auch dann, wenn die zusätzlichen Staatsausgaben die einzige Möglichkeit wären einen Konjunkturinbruch zu verhindern. Dieses EU-Dekret trifft jene Staaten am härtesten, die schon vor Ausbruch der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise (Sommer 2007) bis zur Halskrause verschuldet waren. Diese Länder haben in den vergangenen neun Euro-Jahren die Gelegenheit genutzt, mit den ihnen zufließenden EU-Zahlungen den überkommenen Schlendrian von Korruption und Verschwendung bei den Staatsausgaben fortzuführen, anstatt ihn zu beenden. Hätte es den Euro nicht gegeben, wären sie schon viel früher gezwungen gewesen, die Effizienz ihres Staatsapparates und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft zu steigern. Infolge der gemeinsamen Euro-Währung konnten die Bürger dieser Staaten permanent über ihre Verhältnisse leben. Sie leisteten sich Importüberschüsse, ohne daß durch Abwertung der eigenen Währung – wie dies vor der gemeinsamen Euro-Währung geschehen ist – diese Importe automatisch eingeschränkt worden wären.

Diesen Defizitländern ist die in der Krise notwendige expansive Beschäftigungspolitik wegen des Stabilitätspaktes von vornherein verwehrt gewesen. Doch auch die übrigen Euro-Staaten mußten die vorgegebenen Grenzen überschreiten, damit die Beschäftigungspolitik die erwünschte Wirkung zeigen konnte. Nicht kleckern, sondern klotzen war angesagt. Als die Krise eintrat, wären ihnen allen im Prinzip die Hände gebunden gewesen, mittels Erhöhung der Staatsausgaben die Krise zu bekämpfen. Jetzt mußten sie – ob sie wollten oder nicht – gegen die Stabilitätskriterien verstoßen, um nicht mit der Krise ins Bodenlose gerissen zu werden. Die Stabilitätskriterien erwiesen

sich als nutzlos, die EU-Kommission, die sie überwachen sollte, war den Fakten gegenüber machtlos!

Schaut man genauer hin, so erkennt man, daß alle Euroländer sich in einer „Zwickmühle“ befanden: Wenn sie sich verschuldeten, um die Wirtschaftskrise in ihrem Land zu bekämpfen, dann verstießen sie gegen den Stabilitätspakt. Wenn sie den Stabilitätspakt einhalten wollten, verschärfen sie die Krise, wodurch das Sozialprodukt sinken und sie automatisch wieder gegen den Stabilitätspakt verstoßen würden: Bei unveränderter Staatsverschuldung und sinkendem Sozialprodukt muß nämlich die Quote der (unveränderten Staatsverschuldung) im Vergleich zum gesunkenen Bruttoinlandsprodukt steigen. Ein einfaches Zahlenbeispiel soll diesen Sachverhalt veranschaulichen:

In der Ausgangssituation sei das Bruttoinlandsprodukt eines Landes 100 und die Nettostaatsverschuldung 3. Damit ist die Obergrenze von maximal 3 Prozent Nettoverschuldung im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt nicht überschritten. Wenn das Land nun in der Krise gezwungen wird, wegen der Dreiprozent-Obergrenze auf eine aktive Expansionspolitik durch eine Erhöhung der Staatsausgaben zu verzichten, so könnte das Bruttoinlandsprodukt infolge der Krise durchaus um 5 Prozent¹ auf 95 schrumpfen. Die Nettoschuldenquote würde dann auf $3 : 95 = 3,16$ Prozent ansteigen. Das Land hat also den Stabilitätspakt dadurch verletzt, daß es ihn einhalten wollte! Der Unsinn dieses Stabilitätspaktes wird somit offenkundig. Der Versuch, die Nettostaatsverschuldung nicht zu steigern, wird allerdings eine signifikante Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Eine Regierung, die ihren Auftrag, das Wohl des Volkes zu mehren, wirklich befolgen will, kann und darf sich an diesen unsinnigen Stabilitätspakt nicht halten. Sie muß die Staatsausgaben erhöhen, um der Krise Paroli bieten und Arbeitslosigkeit verhindern zu können. Bei einem angenommenen Investitionsmultiplikator² von 5 könnte sie dann den Einbruch des Bruttoinlandsproduktes durch eine zusätzliche Verschuldung von 1 vermeiden, wie nachstehende Tabelle zeigt. In der Tabelle sind die beiden Alternativen: (1) Einhalten des sogenannten Stabilitätspaktes und (2) Vermeidung des Konjunkturreinbruchs und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit dargestellt werden.

	Periode	BrutInlProd.	NetVerb.	NetVerbQuote
	0	100	3	3,00%
Fall 1	1	95	3	3,16%
Fall 2	1	100	4	4,00%

Zwar ist die Nettoverschuldungsquote im Fall der Erhöhung der Staatsschulden ersichtlich höher als bei unveränderter Staatverschuldung und sinkendem Bruttoinlandsprodukt, nämlich 4 statt 3,16 Prozent, aber die erhöhte Arbeitslosigkeit infolge des vermiedenen Konjunkturreinbruchs kann damit verhindert werden! Es ist also die Frage, was die Regierung eines Euro-Landes vorzieht, Arbeitslosigkeit trotz Bruch des Stabilitätspaktes oder Bruch des Stabilitätspaktes und Vermeidung der Arbeitslosigkeit? Die Antwort dürfte für eine Regierung nicht schwer fallen, die den Eid abgelegt hat, das Wohl des Volkes zu mehren.

Kommen wir zurück zur konkreten Situation Griechenlands. Für die Griechen ist die Lage weit prekärer als im Fall 1 des obigen Zahlenbeispiels. Das Land darf seine

¹ Das entspricht der Minderung der Bruttoinlandsproduktes in Deutschland im Jahr 2009.

² Der Begriff des Investitionsmultiplikators wurde anschaulich in dem Artikel „Vom Sinn und Unsinn der Abwrackprämie“ erklärt. Siehe dort Seite 1-2, vom 14.05.2009 in www.hpatzak.de, unter „Grundprobleme“.

Schulden nicht nur nicht erhöhen, es wurde von der EU-Kommission und den Ländern der Euro-Gemeinschaft gezwungen, seine Nettoverschuldung in Höhe von 12,7 Prozent des BIP (Bruttoinlandsproduktes) in kürzester Zeit abzubauen. Das tat sie auch und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, sowie der Chef der Euro-Gruppe, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker und auch Bundeskanzlerin Merkel waren voll des Lobes über die rigorosen Sparmaßnahmen der Regierung Griechenlands. Und das beweist, daß die politische Verantwortung heute wieder von Menschen getragen wird, denen die fachliche Kompetenz zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe fehlt!

Sie scheinen alle vergessen zu haben, daß mit den gleichen rigorosen Sparmaßnahmen (Kürzung der Beamtengehälter) einst Reichskanzler Brüning in der großen Weltwirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg den endgültigen totalen Zusammenbruch der damaligen deutschen Wirtschaft herbeigeführt hatte. Eine ganze Generation akademischer Lehrer hat in den Jahrzehnten danach ihren Studenten erklärt, welche verantwortungsloser ökonomischer Unsinn das in der damaligen Situation war, und sie protzten, daß die Ökonomen und Politiker das nie wiederholen würden. Es sind kaum acht Jahrzehnte seitdem vergangen, da haben wieder – wie damals – die marktliberalen Radikalökonomien das Denken und Sagen der Politiker und Meinungseliten infiziert. Die schlimmen Erfahrungen sind vergessen und verdrängt, als hätte es sie nie gegeben.

Wenn ihnen schon das historische Wissen abhanden gekommen ist, so könnten die neuen Eliten der Gesellschaft den Widersinn ihrer Entscheidungen mit einem Taschenrechner und einigen wenigen Rechnungen selbst erkennen. Wir wollen das für sie übernehmen. Aber es besteht sicherlich wenig Hoffnung, daß sie bereit sind, ihre Irrtümer und Fehler einzusehen und zu ändern, wie die hartnäckige Unbelehrbarkeit des ausgedienten Finanzminister Theo Waigel in seinem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beweist. Schauen wir uns die Fakten an:

Die Griechen wollen durch Erhöhung der Steuereinnahmen in Höhe von 7,6 Mrd. Euro einerseits und Einsparungen bei den Staatsausgaben in Höhe von 3,8 Mrd. Euro³ andererseits das Haushaltsdefizit von momentan 12,7⁴ auf 8,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes noch in diesem Jahr (2010) senken. Sie gehen dabei von der Annahme aus, daß das griechische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 nur um 0,3 Prozent sinken wird. In den nachfolgenden beiden Jahren werde man diese Politik fortsetzen und dann wieder die Vorgabe von 3 Prozent Nettoverschuldung erreicht haben.

Doch eine Senkung des BIP von nur 0,3 Prozent in Zeiten einer alle Volkswirtschaften erfassenden Weltwirtschaftskrise ist völlig unrealistisch, zumal wenn man zusätzlich die Staatsausgaben senkt und die Steuern erhöht. Das hat auch der IWF festgestellt und das läßt sich auch leicht rechnerisch nachweisen, selbst wenn man die konkreten Werte Griechenlands, also die Spar- und Investitionsquote nicht kennt. Wir verwenden deshalb Schätzwerte, die allerdings sehr niedrig gehalten sind, so daß der zu erwartende Rückgang des BIP in Wirklichkeit wesentlich höher sein dürfte.

³ Die geplanten Ausgabenkürzungen betragen 3,8 Milliarden Euro und Mehreinnahmen von 7,6 Milliarden Euro. (Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.03.2010 Seite 9).

⁴ Auch diese Zahl ist schon überholt. Am 22.04.10 meldeten die Medien, daß die Nettoverschuldung 13,6 Prozent betrage, so daß die Schuldenminderung nicht 4, sondern 4,9 Prozent betragen müßte

Bei einem angenommenen Multiplikator⁵ von 4 würde sich das Bruttoinlandsprodukt um $4 * 3,8 = 15,2$ Mrd. Euro vermindern. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 in Höhe von 236 Mrd. Euro⁶ ergäbe sich eine Senkung der Bruttoinlandsproduktes um 6,44 Prozent. Wie gesagt, dürfte der reale Einbruch des BIP noch wesentlich darüber liegen.

Diese Zahlen bringen allerdings nicht zum Ausdruck, daß wirtschaftliche Entwicklungen von Menschen gestaltet und gelenkt werden, so daß sich auch aus nichtigem Anlaß massenpsychologische Prozesse und Eruptionen entwickeln können, die niemand voraussagen kann. Gerade die jüngste Weltfinanz- und –Wirtschaftskrise hat dies wieder bewiesen. Die globalen Spekulationsgeschäfte mit Rohstoffen, Devisen und den extra für Spekulationszwecke geschaffenen neuen Derivaten können sich verselbständigen und innerhalb kürzester Zeit einen „ruhigen Flußlauf in einen wilden, alles mit sich reißenen Strom verwandeln. Auch im Fall der Griechenland-Krise kann dies geschehen. Den hochgepriesenen wirtschaftlichen Verflechtungen infolge der gemeinsamen Euro-Währung, deren Vorteile immer wieder herausgestellt wurden, verdanken wir auch, daß sich die Gefahren potenziert haben.

Die Summe der Bankenforderung der westlichen Industrieländer gegenüber griechischen Schuldnern beträgt 236⁷ Mrd. Dollar. Frankreichs Banken haben allein 70 Mrd., Deutsche Banken 45 Mrd. von Griechenland zu bekommen. Sollte sich herausstellen, daß z.B. 50 Prozent dieser Forderungen wegen Zahlungsunfähigkeit der Schuldner (egal, ob griechischer Staat, griechische Banken oder sonstige Unternehmen und Privathaushalte) ausfallen, dann wäre das für die betroffenen Gläubigerbanken eine weit größere Einbuße als der Zusammenbruch der Lehman-Brothers Bank in den USA.

Diesmal ist Griechenland wegen der gemeinsamen Euro - Währung zum Systemrisiko geworden, die internationalen Großbanken waren es schon davor. Die Steuerzahler aller Länder werden wieder zur Kasse gebeten. Es geht heute nicht mehr um die Frage, ob Griechenland aus dem Euro-Verbund ausscheiden sollte oder nicht. Es ist müßig, ausrechnen zu wollen, welche Form der Rettung billiger kommt. Den Schaden, der jetzt zu tragen ist, verdanken die Völker den fanatischen Verfechtern einer gemeinsamen Euro-Währung.

Das Euro-Experiment ist gescheitert, die Verantwortlichen versuchen vergeblich, sich zu rechtfertigen. Sie besitzen sogar die Chuzpe, die Schuld daran nicht beim Euro zu sehen, dessen Beibehaltung sie hartnäckig weiter fordern. Eigentlich sollten die Völker ihre Eliten für dieses leichtfertige Experiment zur Verantwortung ziehen, denn sie müssen ja die Kosten jetzt tragen. Dazu wäre ein genereller Machtwechsel notwendig, der momentan nicht absehbar ist.

Epilog

Am Tag vor Veröffentlichung dieses Artikels hat Griechenland die von den Euroländern und dem IWF zugesicherte Hilfe von vorerst 45 Mrd. Euro offiziell beantragt. Wolfgang Schäuble, dem nach Bundestagswahl 2009 das Amt des Finanzministers übertragen wurde, kommentierte dies am gleichen Abend in einer ARD-Sendung, daß Griechenland

⁵ Mit einem Multiplikatorwert von 4,54 rechnen die Ökonomen zur Zeit in Deutschland. Der Wert von 4 für Griechenland ist eher unter- als übertrieben.

⁶ Quelle: <http://www.indexmundi.com/g/g.aspx?c=gr&v=65&l=de>

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.04.2010 Seite 25.

noch mehr sparen müsse, um den Kredit von Deutschland zu bekommen. Deutlicher hätte man nicht beweisen können, daß nicht nur das Euro-System von Grund auf faul ist.

Der Zyklus „Euro und EU am Abgrund“ ist mit diesem Artikel beendet, nicht aber die Euro-Tragödie selbst. Ihr Fortgang wird auf dieser Weltnetzseite unter der Rubrik Nachrichten weiterhin dokumentiert.

www.hpatzak.de

23.04.2010